

Zur Situation von Lehrbeauftragten an Hochschulen

Pressespiegel

www.gew-berlin.de/549.htm

PRIVATDOZENTEN

Uni-Sklaven, vereinigt euch!

Die deutschen Universitäten halten sich Tausende hoch qualifizierter Wissenschaftler, die als Privatdozenten oder außerplanmäßige Professoren ein kümmerliches Dasein fristen. Unser Autor Helmut Pape ist einer von ihnen. Ihm platzt hier der Kragen

von Helmut Pape | 25. März 2010 - 07:00 Uhr

© Oliver Berg/dpa



Für Privatdozenten gab es früher Hörergeld, heute gibt es gar nichts

Die studentischen Proteste gegen die Bologna-Reform waren wirkungsvoll. Dabei fand leider kaum Beachtung, wie krank an Haupt und Gliedern auch die Personalstruktur an den deutschen Universitäten ist. Nur über den Weg der Habilitation und einer im Idealfall kurzen Existenz als Privatdozent kann man in Deutschland normalerweise Professor werden. Einem »Alles oder nichts«-Prinzip folgend, werden dabei gnadenlos alle jene Wissenschaftler ausgebeutet, die nicht als Sieger durchs Ziel gehen – sprich eine Professur erhalten. Gleichzeitig wurde der Mittelbau der Akademischen Räte und Direktoren abgeschafft, ohne ihn durch die versprochene Vermehrung der Professorenstellen auszugleichen. Wohin also mit jenen Forschern, die keine Professoren werden?

Das System hinterlässt gebrochene Lebensläufe. Es gibt Tausende hoch qualifizierter Wissenschaftler an deutschen Unis, die über Jahre eine unbeachtete Randexistenz führen. Diese neuen Sklaven dürfen sich »Privatdozenten« und »außerplanmäßige Professoren« nennen. Diese Titel hören sich beeindruckend an, sind aber nur hohle Dekoration. Hinter ihnen verbirgt sich die nackte Ausbeutung, verschleiert mit dem harmlosen Namen »Titellehre«: Denn die Betroffenen müssen ohne jede Entlohnung und ohne Aussicht auf Anstellung an der Uni, an der sie sich habilitiert haben, unter Umständen jahrelang

unterrichten. Die einzige Alternative ist, den mit der Habilitation errungenen Titel »Privatdozent« oder später »außerplanmäßiger Professor« wieder aufzugeben.

Die Universitäten nutzen rücksichtslos aus, dass dies für jemanden, der seine wissenschaftliche Arbeit liebt, keine Alternative ist. Wie man oder frau überlebt, interessiert niemanden: In der Struktur deutscher Unis sind keinerlei Vorsorgeeinrichtungen vorgesehen – kein *placement office* wie an amerikanischen Unis, auch meistens keine temporären bezahlten Arbeitsmöglichkeiten für Habilitierte. Im Gegenteil: Mit dem Argument der »Überqualifikation« werden Betroffene von allen übrigen Stellen ausgeschlossen. Es existieren nicht einmal Formen der nichtfinanziellen Anerkennung. Manch wohlbestallter Kollege blickt sogar verächtlich auf die Riege der »Versager« herab. Die Demütigung, soziale Ausgrenzung und Beeinträchtigung der unbezahlten Arbeit in Lehre und Forschung ist beträchtlich und geht an die psychische wie körperliche Substanz. Dabei bleibt es nicht bei harmloser Entmutigung. Manche, die nicht schnell genug aus dem Dasein der Sklaverei flohen und sich diese Entwertung der eigenen Leistung zu Herzen nahmen, haben mit Krankheit, Depression oder Selbstmord reagiert.

In unserer einkommens- und konsumorientierten Gesellschaft bleibt niemand in seiner Lebensweise und seinem Selbstverständnis unberührt, den man zwingt, ohne Bezahlung in dem Beruf zu arbeiten, für den er am besten qualifiziert ist. Selbst ein sogenannter »bezahlter Lehrauftrag« wird den Habilitierten von der Uni-Bürokratie mit dem Argument verweigert, die Betreffenden seien zur Lehre ja sowieso verpflichtet. Dazu muss man wissen, dass Lehraufträge nicht einmal wirklich entlohnt werden angesichts von 600 bis 1200 Euro für drei Monate Lehre inklusive Prüfungs-, Beratungs- und Korrekturleistungen. In der Schweiz dagegen wird ein Lehrauftrag mit 10.000 bis 12.000 Franken pro Semester vergütet.

Alles das ist den Verantwortlichen wohlbekannt. Nur interessiert es Uni-Leitungen, Kulturbürokraten und Interessenvertretungen wie den Hochschulverband nicht besonders. Denn letztgenannter Berufsverband etwa agiert vor allem für die wohlbestallten beamteten oder angestellten Professoren. So kämpft man wacker unter dem Titel »Assistenten- und Habilitationskultur« für das Recht der beamteten Professoren, weiter erwachsene Menschen als Aktentaschenträger und abhängige Zuarbeiter halten zu dürfen und durch das postpubertäre Ritual der Habilitation zu Sklaven zu machen.

Diese reale Absurdität ist ein historisches Kuriosum, das nach dem Zweiten Weltkrieg entstand: Mit der Einführung der Lehrmittelfreiheit wurden die Hörergelder abgeschafft, die zuvor Studenten an Privatdozenten und außerplanmäßige Professoren zu zahlen hatten, wenn sie an deren Veranstaltungen teilnahmen. Eigentlich hätten dank der Studiengebühren die Unis ihren habilitierten Sklaven wieder Hörergelder zahlen oder wenigstens Lehraufträge geben müssen. Nicht einmal das ist geschehen. Warum auch, wo doch die Sklavenhaltung unschlagbar billig ist? Ich sprach mit einem außerplanmäßigen

Professor aus der Physik, der 80 Prozent der Drittmittel seines Instituts eingeworben hatte. Nur leider war es unmöglich, ihm auch nur eine befristete Stelle zu geben.

Vielleicht denken Sie: Privatdozenten sind doch gar keine »richtigen« Sklaven. Schließlich sind sie ja frei: Sie könnten auch auf ihre Titel und ihren Beruf verzichten. Und überhaupt stellt sich doch die Frage: Warum tut sich das jemand an und bleibt auf längere Zeit Privatdozent – nur um dann nach zwei bis vier Jahren der unbezahlten Lehre in einem wiederum aufwendigen Begutachtungsverfahren zum immer noch ohne Bezahlung lehrenden außerplanmäßigen Professor zu werden? Die erste Antwort lautet: Der außerplanmäßige Professor bleibt Mitglied, wenn auch nicht bezahltes, seiner Universität. Er hat damit das Recht, zum Beispiel Drittmittel aus der Forschungsförderung des Staates oder bei Forschungsförderungsinstitutionen zu beantragen. Die zweite Antwort: Für die universitären Lehrsklaven ist die Hoffnung ihr ständiger Begleiter. »Ich werde es vielleicht doch noch schaffen«, denken viele von den jungen und selbst den älteren Habilitierten. Doch schon ab 50 hat kaum einer der Habilitierten mehr eine ernsthafte Chance. So arbeiten sie weiter ohne Bezahlung in Lehre und Forschung an ihrer akademischen Karriere – und leben vom Gehalt ihrer Ehefrau, vom elterlichen Erbe, von einem Zweitberuf, einer eigenen Firma oder von Drittmitteln, die sie selbst eingeworben haben.

Warum die Unis nicht mit Klagen, Verfassungsbeschwerden und Demonstrationen überzogen werden? Warum Privatdozenten nicht die Hörsäle anzünden? Weil jene Gelehrte Einzelkämpfer sind und sich für ihr kümmerliches Dasein ohne Entgelt und Rechte schämen. Sogar viele ihrer Studenten wissen nichts davon. Und so beugen sie sich weiter unter die Knute und treiben als brave Arbeitssklaven die Mühlräder universitärer Lehre und Forschung an.

Helmut Pape ist außerplanmäßiger Professor für Philosophie an der Universität Bamberg, lebt aber hauptsächlich von seinem Weinversandhandel

COPYRIGHT: DIE ZEIT, 25.03.2010 Nr. 13

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2010/13/C-Unisklaven>



URL: <http://www.tagesspiegel.de/magazin/wissen/Lehrbeauftragte;art304,3044403>

Hochschulen

„Intelligenz in Deutschland verhungert“

Lehrbeauftragte fordern mehr Lohn - in Potsdam liege ihr tatsächlicher Stundenlohn bei 4 Euro 80, kritisieren sie.

Von Anja Kühne

1.3.2010 0:00 Uhr

Mit einem offenen Brief machen Lehrbeauftragte der Universität Potsdam auf ihre prekäre Lage aufmerksam. „Die Bildungsrepublik Deutschland lässt ihre nachwachsende Intelligenz verhungern“, schreiben Sabine Volk und Michael Bahn, zwei Doktoranden von der Initiative „Intelligenzija Potsdam“. So erhielten Lehrbeauftragte am Institut für Germanistik der Uni Potsdam für die Leitung eines sechsmonatigen Proseminars eine einmalige Zahlung von 540 Euro.

Damit seien 30 Stunden Lehre, mindestens 15 Sprechstunden, die Vor- und Nachbereitung des Seminars sowie die Bewertung von Klausuren, mündlichen Prüfungen oder Hausarbeiten abgegolten. Die maximale Teilnehmerzahl von 60 Studentinnen und Studenten werde in einem Fach wie der Germanistik durchaus erreicht. Während der offizielle Stundenlohn lediglich die 30 Stunden Unterricht vergüte, liege der tatsächliche Stundenlohn demnach bei höchstens 4,80 Euro.

„Wir Lehrbeauftragten erhalten somit für die exzellente Ausbildung der klügsten Köpfe unseres Landes sogar noch deutlich weniger als den gewerkschaftlich geforderten Mindestlohn von 7,50 pro Stunde“, heißt es in dem Brief. Diese „Ausbeutung“ könne überhaupt nur funktionieren, weil die meisten Lehrbeauftragten „höchst engagierte IdealistInnen“ seien. Die Potsdamer Initiative fordert nun unter anderem die Verdoppelung der Entlohnung für Lehrbeauftragte auf 1080 Euro pro Semester und die Anerkennung der Lehrbeauftragten als Mitglieder der Universität.

An Brandenburgs Hochschulen habe sich die Zahl der Lehrbeauftragten zwischen 1999 und 2008 fast verdoppelt: von 704 auf 1331, teilen die Verfasser des Briefes mit. Die Potsdamer Initiative, die im vergangenen Sommer ins Leben gerufen wurde, wird von der GEW unterstützt. Nachdem ein Brief an das Präsidium der Universität Potsdam vom Herbst nicht beantwortet worden sei, plane man nun ein weiteres Schreiben, das auch an die Brandenburger Politik gerichtet sein soll. Unterstützer können Kontakt unter intelligenzijasopotdam@web.de aufnehmen.

In Berlin liegt der Mindestlohn für Lehrbeauftragte bei 21 Euro für eine Seminarstunde, verschiedene Hochschulen zahlen aber auch 25 oder 30 Euro. An einigen Fachhochschulen decken Lehrbeauftragte fast die Hälfte des Lehrangebots ab.

Korrektur: In der ersten Version hieß es, Lehrkräfte erhalten für ein sechssemestriges Proseminar 540 Euro. Es handelt sich aber um sechsmonatige, also einsemestrige Seminare. Wir haben den Fehler korrigiert und bitten ihn zu entschuldigen.

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 01.03.2010)

Neues Deutschland

22.02.2010 / Berlin/Brandenburg / Seite 11

Moderne Tagelöhner mit Doktorhut

Lehrbeauftragte an Berliner Hochschulen arbeiten zum Billigtarif / GEW fordert mehr reguläre Stellen

Von Jürgen Amendt



Als lehrende Wissenschafts-Nomaden müssen sich viele Dozenten zu Billiglöhnen an den Unis und Hochschulen verdingen.

Foto: dpa

Lange Jahre hat Robert Dennhardt eine perfekte Wissenschafts-Karriere aufs Parkett gelegt: Er gehörte als Student zu den Besten und seine Promotion schloss der Geisteswissenschaftler mit summa cum laude ab. Der Bruch kam nach dem Examen: Seit fast zwei Jahren hangelt sich der Wissenschaftler von Lehrauftrag zu Lehrauftrag. Bis vor kurzem hatte der 37-Jährige zwei davon – einen an der Berliner Universität der Künste (UdK) im Bereich Wissenschaftsgeschichte, den anderen an der Universität Lüneburg.

Bezahlt wird Dennhardt denkbar schlecht. »Wenn ich die Vor- und Nachbereitungszeit mit einrechne, komme ich auf einen Stundenlohn von fünf Euro«, sagt er. Für das Geld, das eine festangestellter, halbtags beschäftigter wissenschaftlicher Mitarbeiter erhält, müsste Dennhardt »mindestens fünf Lehraufträge mit einem Arbeitsvolumen von 50 Stunden pro Woche« haben. Das aber sei nicht zu leisten.

Dennhardt ist kein Einzelfall. Zu einem großen Teil wird die Lehre an den Berliner Hochschulen und Universitäten von Lehrbeauftragten getragen, die lediglich über unsichere und schlecht bezahlte Honorarverträge verfügen. Dies geht aus einer Antwort auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Lars Oberg hervor, die kürzlich von der Berliner GEW vorgestellt wurde.

Ursprünglich sollten Lehraufträge dazu da sein, qualifizierte Fachleute an die Unis zu holen, die Studenten Erfahrungen aus der Praxis vermitteln. Durch die Unterfinanzierung der Hochschulen sei aus dem Nebenjob jedoch heute eine Haupttätigkeit geworden, kritisiert der Hochschulexperte der Berliner GEW, Matthias Jähne. »Lehraufträge werden als Ersatz für fehlendes Hochschulpersonal missbraucht.«

So wie Robert Dennhardt geht es also mittlerweile vielen Nachwuchswissenschaftlern in Berlin. Im Schnitt verdienen sie mit einem Lehrauftrag kaum 300 Euro pro Monat. Und so haben viele noch andere Jobs oder stocken ihr schmales Salär mit ALG II auf. Verschärft werde diese prekäre Situation noch durch die hohen Sozialabgaben, kritisiert Linda Guzzetti. Die Sprachlehrerin unterrichtet gleich an allen drei Berliner Unis sowie an der Viadrina in Frankfurt (Oder). »Die Sozialabgaben bekomme ich monatlich abgebogen, das Honorar für die Lehraufträge aber erst am Ende des Semesters aufs Konto«, klagt sie.

Rund 5000 Lehrbeauftragte gibt es zur Zeit an den Berliner Hochschulen und Universitäten – knapp ein Drittel mehr als noch 1998. Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl des hauptberuflichen Personals lediglich um ca. acht Prozent zu. In den Fachhochschulen leisten die Honorarkräfte heute bis zu 48 Prozent der Lehre, in den künstlerischen Hochschulen im Schnitt 25 Prozent und an den drei Universitäten etwa 15 Prozent.

»Ohne Lehrbeauftragte würde der Lehrbetrieb an vielen Hochschulen zusammenbrechen«, kommentierte Matthias Jähne diese Zahlen. Der GEW-Vertreter fordert deshalb eine Anhebung der Mindestvergütung von bislang 21,40 Euro pro Stunde auf 30 Euro. Wo Lehraufgaben dauerhaft wahrgenommen werden, müssten dafür auch reguläre Stellen geschaffen werden, in den anderen Fällen mindestens für zwei Semester vergeben werden.

Das hält auch Gudrun Spaan für dringend erforderlich. Sie lehrt an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) und kritisiert, dass die Lehrbeauftragten manchmal erst kurz vor Semesterbeginn von den Hochschulleitungen mitgeteilt bekämen, ob und in welchem Umfang sie die nächsten sechs Monate Arbeit haben. »Früher hatte man für diese Form der Arbeit eine treffende Bezeichnung«, bemerkt Dennhardt dazu bitter. »Da hat man solche Menschen wie uns als Tagelöhner bezeichnet.«

Auf Verbesserungen des Status der Lehrbeauftragten will Dennhardt indes nicht länger warten. Er hat die Reißleine gezogen und fängt demnächst als Lehrer an einer Privatschule in Berlin an. »Da habe ich wenigstens einen Arbeitsvertrag.«

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/165601.moderne-tagelohner-mit-doktorhut.html>

Unis bluten sich selbst aus

Jungwissenschaftler mit Lehrauftrag: Für viele Hochschulabsolventen klingt das erstrebenswert. Tatsächlich ist "jung" im Hochschulbetrieb inzwischen gleichbedeutend mit "prekär". Weil es kaum noch Stellen für den Nachwuchs gibt, hangeln sich ganze Doktorandenjahrgänge mit befristeten Lehraufträgen durch. Dass diese schlecht bezahlten Provisorien fester Bestandteil der Lehre sind, ist ein Skandal. Und: Durch ihre Sparpolitik sorgen die Unis für ihr eigenes Ausbluten.

Wenn ein promovierter Kulturwissenschaftler für 21,40 Euro die Stunde Vorlesungen hält und davon noch seine Krankenversicherung bezahlen soll, sucht er sich bald einen Job in der Privatwirtschaft - oder verliert jede Motivation. Lehrbeauftragte leisten wertvolle Arbeit, werden aber behandelt wie Professoren zweiter Klasse. Dass immer größere Teile des Personals von hochschulinternen Entscheidungsprozessen abgekoppelt werden, höhlt zudem die demokratischen Strukturen aus.

Exzellenz für die Lehre

Die Unis müssen sparen, das ist bekannt. Die Konsequenz des Sparkurses kann aber nicht sein, dass es dort schlimmer zugeht als in der freien Wirtschaft. Wenn das Hochschulgesetz erlaubt, dass DozentInnen kein Krankengeld bekommen, dann muss das Hochschulgesetz eben geändert werden. Mit tollen, drittmittelfinanzierten Projekten Nachwuchsforscher anzulocken, denen man dann keine Zukunft bieten kann, ist jedenfalls der falsche Weg. Die allerorten geforderte Exzellenz muss sich auch auf die Lehre beziehen. Sonst macht sich Berlin als Wirtschaftsstandort lächerlich.

SEITE 22

VON NINA APIN

SCHLECHTE ARBEITSBEDINGUNGEN AN DER HOCHSCHULE

Tagelöhner der Wissenschaft

Ein wachsender Teil der Lehre wird von schlecht bezahlten akademischen Freiberuflern abgedeckt. Ohne die Lehrbeauftragten geht an den Unis nichts mehr.

VON NINA APIN



Ohne Lehrbeauftragte geht nichts mehr an den Unis

Foto: dpa

Robert Dennhardt ist 37 Jahre alt, Doktor der Kulturwissenschaften mit Lehrauftrag an der Universität der Künste (UdK) - und gibt Schülern Mathe-Nachhilfe. Den Zweitjob braucht er, damit es zum Leben reicht. Denn seine eigentliche Arbeit, das Lehren von Wissenschaftsgeschichte, bringt ihm weniger als 5 Euro pro Stunde ein.

Seit anderthalb Jahren hangelt sich Dennhardt, der seine Promotion 2008 magna cum laude abschloss, von Lehrauftrag zu Lehrauftrag. Von einem freiberuflichen, auf die Dauer eines Semester beschränkten Arbeitsverhältnis zum nächsten. Anspruch auf Krankengeld oder Urlaub hat er nicht; wäre er eine Frau, bekäme er noch nicht einmal Mutterschutz. "Ich bin so eine Art Tagelöhner des Wissenschaftsbetriebs", sagt er bitter.

Dennhardt gehört zu der stetig wachsenden Zahl von prekär beschäftigten Hochschulmitarbeitern. Diese Gruppe übernimmt immer mehr Lehraufträge, die bislang von Dozenten oder wissenschaftlichen Mitarbeitern durchgeführt wurden. Aus einer Kleinen Anfrage des SPD-Abgeordneten Lars Oberg an den Senat geht hervor, dass die rund 5.000 Lehrbeauftragten an den Fachhochschulen bis zu 48 Prozent der Regellehre leisten. An den künstlerischen Hochschulen sind es im Schnitt 25 Prozent und an den Universitäten 15 Prozent.

Weil der sogenannte akademische Mittelbau seit rund 15 Jahren massiv ausgedünnt wird, greifen die Hochschulen auf Niedriglohnkräfte zurück. Es sind Nachwuchswissenschaftler wie Dennhardt, die gerade

mit höchsten Weihen aus der akademischen Ausbildung entlassen werden - nur um festzustellen, dass es für sie keine Postdoktoranden- oder Dozentenstellen gibt. Dafür aber reichlich akademische Minijobs, die eigentlich als Nebentätigkeit für Leute aus der Praxis geschaffen wurden.

Die Realität sieht anders aus, wie die Antwort des Senats auf Obergs Anfrage zeigt. Für mehr als die Hälfte aller Lehrbeauftragten ist die Lehrtätigkeit ihr Hauptberuf. Ein hart verdientes Brot, denn im geltenden Mindeststundensatz von 21,40 Euro sind Vor- und Nachbereitung und Korrekturzeiten nicht enthalten. Was in den Sprachzentren schon längst Usus ist, hat jetzt auf den gesamten geisteswissenschaftlichen Bereich und die Naturwissenschaften übergreifen. Nicht nur Französisch, auch die Grundlagen der Mathematik oder die Einführung in die Kulturwissenschaft werden mittlerweile von Freiberuflern unterrichtet, wie aus den Senatszahlen hervorgeht.

"Ohne Lehrbeauftragte würde der Lehrbetrieb an vielen Hochschulen zusammenbrechen", sagt Rose-Marie Seggelke, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Die GEW fordert von der rot-roten Koalition eine Änderung des Berliner Hochschulgesetzes, die den Beschäftigten reguläre Arbeitsverhältnisse und Integration in den Hochschulbetrieb ermöglicht.

Bislang stehen Lehrbeauftragte wie Dennhardt völlig außerhalb der Hochschulhierarchie: Sie werden nicht zu Institutssitzungen oder Planungsrunden eingeladen, haben keinen Zutritt zu Gremien oder internen Fortbildungsangeboten. Und sie werden erst zum Semesterende bezahlt. Viele müssen daher zur Überbrückung Hartz IV beantragen. Oder bei der Institutsleitung um einen Vorschuss bitten. "Eine weitere in einer Kette von Demütigungen", so formuliert es Nachwuchswissenschaftler Dennhardt. Nach anderthalb Jahren in der akademischen Warteschleife wechselt er als Lehrer an eine Privatschule. Dort wird wenigstens nicht an der Lehre gespart.

Rose-Marie Seggelke, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft



P R E S S E E R K L Ä R U N G

Nr.06/2010 von Dienstag, dem 16. Februar 2010

Lehrbeauftragte erbringen große Teile der Hochschullehre – zum Billigtarif und ohne arbeitsrechtlichen Schutz

GEW BERLIN fordert gesetzliche Änderungen

Die Lehre an den Berliner Hochschulen wird zu einem großen Teil von nebenberuflichen Lehrkräften getragen. Die ca. 5.000 Lehrbeauftragten in Berlins Hochschulen leisten in den Fachhochschulen bis zu 48 % der Regellehre, in den künstlerischen Hochschulen im Schnitt 25 % und an den Universitäten im Schnitt 15 %. Das geht aus einer Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Lars Oberg hervor.

Lehraufträge sollten ursprünglich dazu dienen, dass qualifizierte Fachleute aus der Praxis ihre Berufserfahrung zeitweise in die Hochschullehre einbringen und diese bereichern. Aufgrund der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen sieht die Realität vielfach anders aus. Lehraufträge werden als Ersatz für fehlendes Hochschulpersonal missbraucht. Für viele sind sie inzwischen der schlecht bezahlte Hauptjob.

Im Unterschied zum hauptberuflichen Personal an Hochschulen haben Lehrbeauftragte keinen Arbeitsvertrag und keinen arbeitsrechtlichen Schutz. Bei Krankheit oder in dem Semesterferien werden sie nicht bezahlt. Der Lehrauftrag wird ihnen immer nur für ein Semester erteilt und kann jederzeit aus wichtigem Grund widerrufen werden.

Rose-Marie Seggelke, die Vorsitzende der GEW BERLIN: „Ohne Lehrbeauftragte würde der Lehrbetrieb an vielen Hochschulen zusammenbrechen. Die Politik muss endlich zur Kenntnis nehmen, dass hier nicht Fachleute neben ihren gut bezahlten Jobs in Wirtschaft und Verwaltung noch einige Stunden geben, sondern Lehrkräfte, die davon ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen. Deshalb ist für die Lehrbeauftragten eine bessere rechtliche, finanzielle und soziale Absicherung nötig. Wo Lehraufgaben dauerhaft wahrgenommen werden, müssen dafür auch reguläre Stellen eingerichtet werden.“

Hintergrund:

An den künstlerischen Hochschulen stehen über die Hälfte der Lehrbeauftragten nicht in einem sonstigen hauptberuflichen Arbeitsverhältnis; in der TU sind es 27 %, in der HU 43 % und in der ASH 44 %. Mehr als die Hälfte aller Lehrbeauftragten sind bereits vier Semester und länger an der jeweiligen Hochschule mit Lehraufträgen tätig. Die meisten Lehrbeauftragten bekommen pro Lehrveranstaltungsstunde weniger als 30 Euro, wobei sämtliche Vor- und Nacharbeiten nicht gesondert bezahlt werden.

(Quelle: Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage, DS 16/13835)

16. Februar 2010

Material für das Pressegespräch der GEW BERLIN zu Lehrbeauftragten am 16.2.10

(Zahlen zusammengestellt auf der Grundlage der Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage des Abg. Lars Oberg (SPD) vom 3.12.09, DS 16/ 138359)

I. rechtliche Rahmenbedingungen

Stellung der Lehrbeauftragten - § 120 Berliner Hochschulgesetz (BerIHG):

- Kein Arbeitsverhältnis
- Lehrauftrag wird einseitig von Hochschule erteilt (Verwaltungsakt)
- Erteilung des Lehrauftrags immer nur für ein Semester
- Kein arbeits- und tarifrechtlicher Schutz (kein Geld bei Krankheit, kein Kündigungsschutz, kein bezahlter Urlaub, kein Mutterschutz u. a.)
- Lehraufträge werden ohne Begründung zurück genommen oder nicht verlängert

Bezahlung:

§ 120 Abs. 4 BerIHG:

„Ein Lehrauftrag ist zu vergüten; dies gilt nicht, wenn der oder die Lehrbeauftragte auf eine Vergütung schriftlich verzichtet...“

- Bezahlung nur für die geleistete Lehrveranstaltungsstunde
- Vor- und Nachbereitungszeiten sind damit „abgegolten“, werden nicht gesondert bezahlt
- Keine Bezahlung, wenn Lehrveranstaltung nicht zustande kommt (z. B. bei Krankheit oder bei weniger als 5 Teilnehmer/innen)

In Berlin seit 2008 nur noch Rahmenregelungen des Senats:

Mindestvergütung pro Lehrveranstaltungsstunde: 21, 40 € (gilt bereits seit 2001!)

Prüfungspauschale von 15,30 €

Hochschulen können auf dieser Grundlage eigene Regelungen treffen

Sozialversicherung muss selbst und allein getragen werden (Kranken- und Pflegeversicherung, Rentenversicherung)

Stellung in der Hochschule:

In den Universitäten sind die Lehrbeauftragte keine Mitglieder der Hochschule im Sinne des Berliner Hochschulgesetzes

Folge: kein Zugang zu Infrastruktur, Weiterbildungsangeboten,
kein Wahlrecht für Gremien

Rechtliche Stellung kontra reale Situation:

Die rechtliche Stellung (§ 120 BerlHG) der Lehrbeauftragten geht von dem Idealbild aus, dass Lehrbeauftragte hauptberuflich außerhalb der Hochschule tätig sind und ihre Praxiserfahrungen zeitweise in die Hochschullehre einbringen.

Die Realität sieht vielfach anders aus:

II. Zahlen und Fakten

(Quellen:

Statistisches Landesamt, Personal an Hochschulen in Berlin 2008 und Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage des Abg. Lars Oberg (SPD) vom 3.12.09

1. Zahl der Lehrbeauftragten

Statistik Personal an Berliner Hochschulen 2008:

51 % des gesamten wissenschaftlichen und künstlerischen Personals sind **nebenberuflich** tätig

Anteil der Lehrbeauftragten: 21 % = drittstärkste Personengruppe beim wiss. Personal; an Fachhochschulen die stärkste Gruppe

Gesamtzahl der Lehrbeauftragten (alle Hochschulen, auch private):

2004: 4.435

2008: 5.520

2. Anteil der durch Lehrbeauftragte erbrachten Lehre am Gesamtpflichtlehrangebot in % im WS 2009/10:

HU: 13 %

TU: 17 %

FU: keine Angaben

Künstlerische Hochschulen:

Universität der Künste (UdK): 29 %

Kunsthochschule Berlin (KHB): 25 %

Hochschule für Schauspielkunst (HfS): 24 %

HS für Musik (HfM): keine Angaben

(Fach)hochschulen:

Beuth-Hochschule (ehemals TFH): 19 %

Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW): 47 %

Alice-Salomon-Hochschule (ASH): 48 %

In den Sprachenzentren wird ein relativ hoher Anteil der Lehre durch Lehrbeauftragte erbracht:

HU: 38 %
FU: 36 %
TU: 68 %

3. Viele arbeiten „hauptberuflich“ als Lehrbeauftragte – die rechtliche Stellung wird dieser Realität nicht gerecht:

Anzahl der Lehrbeauftragten, die sonst in keinem hauptberuflichen Arbeitsverhältnis stehen:

HU: 239 von 559 = 43 %
TU: 156 von 585 = 26,6 %
UdK: 366 von 492 = 74 %
KHB: 40 von 45 = 89 %
HfS: 20 von 39 = 51 %
ASH: 71 von 161 = 44 %

Von den anderen Hochschulen gibt es keine Angaben.

4. Mehr als die Hälfte aller Lehrbeauftragten hat die Lehraufträge bereits vier Semester und länger an der Hochschule. Auch das ist ein Zeichen dafür, dass dauerhaft Lehraufgaben wahrgenommen werden und nicht nur zeitweise von außerhalb Praxiserfahrungen in die Hochschullehre eingebracht werden.

Anzahl der Lehrbeauftragten, die an der jeweiligen Hochschule bereits vier Semester und länger als Lehrbeauftragte arbeiten:

HU: 267 von 559 = 48 %
TU: 402 von 585 = 68,7 %
FU: keine Angaben

Künstlerische Hochschulen:

UdK: 309 von 392 = 79 %
HfM: 205 von 241 = 85 %
KHB: 29 von 45 = 64,4 %
HfS: 28 von 39 = 72 %

(Fach)hochschulen:

Beuth-Hochschule: 78 % (ohne Zahlenangaben)
HTW: 403 von 614 = 65,6 %
HWR: 470 von 704 = 67 %
ASH: 101 von 161 = 63 %

5. Stundensätze (Bezahlung)

Angaben aus der Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage:

Der Mindestsatz für eine Lehrveranstaltungsstunde (LVS) beträgt 21,40 Euro – seit 2001! (Berlin weite Richtlinie). Die Hochschulen können eigene Richtlinien erlassen und davon nach oben abweichen.

Anteil der Lehrbeauftragten, die maximal 30 € / LVS bekommen:

FU:	306 von 508	= 60 %
TU:	381 von 585	= 65 % (darunter 163 ohne Vergütung)
UdK:	493 von 535	= 92 % (darunter 17 ohne Vergütung)
HfM:	197 von 241	= 82 % (alle unter 30 €)
KHB:	48 von 48	= 100 % (darunter 3 ohne Vergütung)
HfS:	31 von 39	= 79,5 %
HWR:		im Schnitt 30 €
ASH:		mehrheitlich 32 €



Hochschulen

Lehrbeauftragte: Gut gelehrt – nichts verdient

Lehrbeauftragte stemmen einen Großteil der Lehre an den deutschen Hochschulen – oft in prekären Jobs. Für die Unis haben Lehrbeauftragte klare Vorteile: Sie sind flexibler im Kursangebot.

Von Ann-Kathrin Nezik

4.2.2010 0:00 Uhr

Zu Anfang jedes Semesters ist es dasselbe: Linda Guzzetti muss rechnen. Wie viele Stunden kann ich an welcher Uni unterrichten? Reichen sie, um über die Runden zu kommen? Linda Guzzetti ist Lehrbeauftragte. Die promovierte Historikerin unterrichtet Italienisch an den Sprachenzentren der Humboldt-Universität, der FU und der TU sowie der Viadrina. Sie mache ihren Job gerne, sagt Guzzetti. Und doch sei sie chronisch unzufrieden.

Lehrbeauftragte nehmen an Hochschulen die gleichen Aufgaben wahr wie wissenschaftliche Mitarbeiter. Sie geben Seminare und halten manchmal sogar Vorlesungen. Der große Unterschied zum fest angestellten wissenschaftlichen Personal: Die Lehrbeauftragten werden wesentlich schlechter bezahlt, haben kaum Absicherung und Rechte an den Unis. Für jede Stunde, die sie am HU-Sprachenzentrum unterrichtet, bekommt Guzzetti 23 Euro. Damit sollen auch die Vorbereitung oder die Korrektur von Prüfungen abgedeckt sein. Wenn sie eine Stunde aus Krankheitsgründen nicht geben kann, zahlt die Uni nichts.

Ursprünglich sollte Guzzettis Tätigkeit als Lehrbeauftragte eine Übergangslösung sein, weil sie direkt nach der Promotion keine Stelle als Historikerin fand. Inzwischen handelt sie sich seit mehr als zehn Jahren von einem Lehrauftrag zum nächsten. In diesem Semester gibt sie 22 Stunden pro Woche. Ihr Jahreseinkommen liege zwischen 16 000 und 17 000 Euro, sagt die 58-jährige Italienerin. Davon muss sie noch ihren Kranken- und Rentenversicherungsbeitrag bezahlen – rechtlich gesehen ist sie selbstständig.

„Aufträge zu bekommen, ist reine Glückssache“, sagt ein Kollege Guzzettis, der seinen Namen nicht nennen möchte, aus Furcht davor, dann weniger Lehraufträge zu erhalten. Er lehrt an der HU, der FU und der Uni Potsdam Deutsch als Fremdsprache. Besonders die Zeit direkt nach dem Abschluss sei hart gewesen: Damals habe er sich mit vier Unterrichtsstunden pro Woche über Wasser halten müssen. Zwar bekommt er inzwischen mehr Lehraufträge – in diesem Semester kommt er auf 16 Stunden pro Woche – doch eines hat sich nicht geändert: die Unsicherheit. „In diesem Semester habe ich eine Woche vor Kursbeginn Bescheid bekommen, dass einer meiner Kurse nicht stattfindet. Es hatten sich zu wenige Teilnehmer angemeldet“, sagt er. Wie ihre Auftragslage im nächsten Semester aussieht, können Guzzetti und ihr Kollege nicht mit Sicherheit sagen. Die Hochschulen vergeben Lehraufträge immer nur für ein Semester, einen Anspruch auf Verlängerung haben die Lehrbeauftragten nicht.

Deutschlandweit gibt es knapp 70 000 Lehrbeauftragte. Eigentlich sollen sie das Lehrangebot nur ergänzen. In Wirklichkeit aber erbringen Lehrbeauftragte an den

Berliner Hochschulen einen wesentlichen Teil der Lehre. Besonders stark setzen die Sprachzentren der Unis auf diese Dozenten. Am TU-Sprachenzentrum beispielsweise geben sie 68 Prozent aller Sprachkurse.

„Das TU-Sprachenzentrum ist eine Ausnahme“, sagt Patrick Thurian, Leiter des Präsidialamts. An den wissenschaftlichen Instituten der TU würden Lehrbeauftragte vor allem dazu eingesetzt, um frei gewordene Stellen von wissenschaftlichen Mitarbeitern oder Professoren bis zu deren Neubesetzung zu überbrücken. „Durch Lehraufträge können Drittmittel-Beschäftigte, die an auch an einem externen Institut arbeiten, Erfahrungen in der Lehre zu sammeln.“ Lehrbeauftragte würden das Lehrangebot der TU inhaltlich bereichern, sagt Thurian. Nur eine relativ kleine Gruppe sei unter prekären Beschäftigungsbedingungen tätig. Die TU habe ihr Möglichstes für sie getan. So wurde im vergangenen Jahr die Mindestvergütung im Sprachenzentrum auf 30 Euro erhöht. Für feste Stellen fehle aber das Geld.

Für die Unis haben Lehrbeauftragte klare Vorteile, bestätigt auch Elke Rößler, Direktorin des HU-Sprachenzentrums: „Durch Lehrbeauftragte sind wir flexibler in unserem Kursangebot. Wir brauchen keine fest angestellte Lehrkraft für Sanskrit, weil der Bedarf dafür einfach zu gering ist“, sagt sie. Auch Sprachkurse seien gewissen Trends unterworfen. In den 80er Jahren hätten viel mehr Studenten Französisch lernen wollen als heute. Darauf könne man mit Lehrbeauftragten flexibler reagieren.

Generell gibt es zwei Gruppen von Lehrbeauftragten, erklärt Andreas Keller von der GEW: Experten aus der Praxis – Unternehmer oder Richter – die einen Lehrauftrag zusätzlich zu ihrem Beruf ausüben. Problematisch seien die Lehrbeauftragten, die versuchen, ausschließlich von dieser Tätigkeit zu leben. „Dafür sind Lehraufträge nicht gedacht. Das ist Missbrauch“, sagt Keller. An der TU üben 27 Prozent keine andere Haupttätigkeit aus, an der UdK gar 74 Prozent.

Um die Lehrbeauftragten besser abzusichern fordert die GEW Berlin, dass die Hochschulen sie als freie Mitarbeiter beschäftigen. Dann würden sie zumindest einen Vertrag unterschreiben. Zurzeit unterzeichnen Lehrbeauftragte lediglich eine knappe Erklärung darüber, dass sie mit der Erteilung des Lehrauftrags einverstanden sind. Darüber hinaus fordert die GEW eine Erhöhung des berlinweiten Mindestlohns auf 30 Euro pro Stunde.

Seit 2008 gibt es in Berlin einen Mindestlohn von 21,40 Euro für eine Stunde. Zusätzlich haben die meisten Berliner Hochschulen eigene Richtlinien verabschiedet, in denen sie die Stundensätze der Lehrbeauftragten nach Qualifizierung und Tätigkeit staffeln. Wer „Lehraufgaben wie Professoren“ wahrnimmt, bekommt an den Unis bis zu 36,70 Euro. Habilitierte Lehrbeauftragte bekommen bis zu 52 Euro. Der Durchschnittslohn aber liegt unter 30 Euro pro Stunde, schätzt Matthias Jähne, Hochschulreferent der GEW Berlin. Auch der Markt bestimmt die Vergütung. Lehrbeauftragte in den Ingenieurwissenschaften verdienen meist mehr als in den Geisteswissenschaften. Viele hätten die Hoffnung, dass ihr Lehrauftrag irgendwann in einen festen Vertrag mündet, sagt Jähne. Darum seien einige Lehrbeauftragte sogar bereit, kostenlos zu unterrichten. Allerdings erfülle sich diese Hoffnung nur selten.

Linda Guzzetti versucht jetzt ihre Lage zu verbessern. Zusammen mit zwei Kollegen hat sie sich zur informellen Vertretung der Lehrbeauftragten des

HU-Sprachenzentrums wählen lassen. Und sie ist Mitglied der AG Lehrbeauftragte der GEW Berlin, die sich zwei- bis dreimal im Semester trifft.

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 04.02.2010)

dradio.de

<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1110782/>

RADIOFEUILLETON:
THEMA

22.01.2010



Lehrbeauftragte können sich durch Streiks gegen Dumpinglöhne wehren. (Bild: AP)

Gute Arbeit kostet Geld

Ethnologe fordert Tarifverträge für freie Mitarbeiter an Hochschulen

Magnus Treiber im Gespräch mit Joachim Scholl

Um Lohndumping an Hochschulen abzuschaffen, sollte ein Wissenschaftstarifvertrag geschlossen werden, fordert der Ethnologe Magnus Treiber, der einen Streik von freien Mitarbeitern an der Universität München mitorganisierte. "Da müssen auch die Lehrbeauftragten genannt sein."

Joachim Scholl: Ich arbeite für zwei Euro die Stunde, stand vor einigen Jahren auf dem Titelblatt der "Münchner Abendzeitung" zu lesen. Abgebildet auf der Seite war ein Lehrbeauftragter der Universität München. Dass er und dieser Satz an so prominenter Stelle gesetzt wurden, lag an einer akademischen Sensation: Zum ersten Mal streikten nämlich die Lehrbeauftragten, jene Wissenschaftler also, die sich - obgleich hoch qualifiziert - mit Hungerstundenlöhnen zufriedengeben müssen. Einer der Organisatoren dieses historischen Streiks war der Ethnologe Magnus Treiber, er ist jetzt am Telefon. Guten Morgen!

Magnus Treiber: Guten Morgen!

Scholl: Wie kam es denn zu diesem Aufstand?

Treiber: Entstanden ist der Streik eigentlich aus einer ganz alltäglichen Unzufriedenheit. Nach einer Institutssitzung wurden Lehraufträge besprochen, das war im Frühling 2005, und irgendjemand hat seinen Unmut geäußert über die geringe Bezahlung, damals noch von unter zehn Euro. Daraufhin haben wir einen Diskussionskreis eingerichtet, haben Leute eingeladen aus der Verwaltung, aus der Gewerkschaft, Personalrat und haben uns informiert, was denn da zu machen sei, um das Entgelt anzuheben.

Der Streik selber ist ein ganzes Jahr später vonstatten gegangen und war eigentlich mehr das Ergebnis unserer Ohnmacht. Wir sind überall mit offenen Armen empfangen worden - auf verschiedenen Ebenen im Institut, am Dekanat, vom Präsident, sogar das Kultusministerium hat uns gute Arbeit bescheinigt - und alle haben gesagt, da können wir nichts machen, sind wir nicht zuständig. Und zuletzt blieb uns eigentlich wenig übrig, als unseren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Dummerweise sind Lehrbeauftragte nicht angestellt, können eigentlich deshalb gar nicht streiken, unterliegen keinem Tarifrecht, und wir haben einfach dann keine Seminare gegeben und versucht, das öffentlich zu machen.

Scholl: Was ja dann doch aber zumindest einen Effekt hat, weil nämlich so viele Lehrbeauftragte damals - am Institut für Afrikanistik war das - ja doch einen Großteil dieser Arbeit von Lehrbeauftragten geleistet wurde. Wie hat denn die Universitätsleitung dann da auf diesen Schritt reagiert?

Treiber: Wir wären wahrscheinlich totgeschwiegen worden, aber durch solche Pressemitteilungen, die dadurch zustande kamen, dass auch junge Journalisten an dem Thema Interesse hatten - denn die sind da oft selber prekär tätig -, und dann mussten die sich äußern, auch die Universitätsleitung, und wir

hatten verschiedene Diskussionen. Eine Ebene hat der anderen die Verantwortung zugeschoben und am Schluss hat sich für uns doch nichts geändert. Und das hat uns dann am Schluss auch frustriert und wir haben nach einem Semester Streik auch aufgegeben und wurden erst in der Folge dann immer wieder zitiert und eingeladen auch, um darüber zu berichten.

Scholl: Das heißt, der Streik hat überhaupt nichts gebracht für Sie, also keine Verbesserung der finanziellen Situation?

Treiber: Unmittelbar nicht, nein. Wir wollten dann schließlich abwarten, was aus den Studiengebühren werden sollte, die damals noch nicht eingeführt waren. Erst diese haben am damaligen Institut für Ethnologie und Afrikanistik, das es so heute in der Form nicht mehr gibt, dort wurden Teile der Lehraufträge dann aus Studiengebühren finanziert beziehungsweise aufgestockt. Dafür wurde aber auch die Zahl der Lehraufträge vermindert.

Scholl: Noch mal zurück zu dem Streik: Wie groß war eigentlich die Solidarität damals unter den betroffenen Lehrbeauftragten?

Treiber: Es dauerte ein Jahr, bis wir wirklich dann auch gesammelt und gemeinschaftlich in Streik treten konnten. Das lag nicht zuletzt da dran, dass wir uns alle uneins waren. Stellen Sie sich viele Intellektuelle vor, die haben alle unterschiedliche Ideen vom Leben, die sind hoch qualifiziert, sind zum Teil Avantgarde in ihren einzelnen Forschungsfeldern, sehen die Zeit, in der man Lehraufträge annimmt, als eine temporäre Phase an, die dann doch immer länger dauert, als man das sich erhofft hat. Und all das mussten wir zusammenbringen und auf einen gemeinsamen Nenner herunterschrauben. Und der war am Schluss: Gute Arbeit soll auch entsprechend entgolten werden. Darauf konnten sich immerhin die meisten einigen.

Scholl: Wenn sich nun die Bezahlung also durch den Zuschlag der Studiengebühren zwar dann doch verbessert hat am Ende, und wenn man es zusammenrechnet, Herr Treiber - ich hab mal so eine Rechnung aufgemacht -, waren es ungefähr dann 600 Euro pro Semester. Davon kann immer noch kein Mensch existieren, geschweige denn eine Familie unterhalten und ernähren. Wovon haben Sie eigentlich damals zu dieser Zeit gelebt?

Treiber: Ich war eine Zeit lang Praktikant, hatte eine Drittmittelfinanzierung nach meinem Stipendium. Dann war ich ein Jahr Lehrer an einem städtischen Gymnasium in München, gleichzeitig Hilfskraft am Institut und habe auch noch an der Volkshochschule Kurse gegeben. Und ehrlich gesagt, ich weiß heute nicht mehr genau, wie ich das alles hingebraucht habe.

Scholl: Arbeit für einen Hungerlohn. Zur Situation der Lehrbeauftragten an deutschen Universität äußert sich der Ethnologe Magnus Treiber. Herr Treiber, wir haben gestern hier im "Radiofeuilleton" mit Jörg Steinbach gesprochen, er ist der designierte Präsident an der Technischen Universität in Berlin, und er hat die grundsätzliche Haltung der Universitäten zu den Lehrbeauftragten so zusammengefasst. Hören wir uns das mal an.

Jörg Steinbach: Das Lehrbeauftragtenwesen hat nie von unserer Seite aus eine Rolle gespielt, damit eine Berufstätigkeit zu ersetzen. Das heißt, wir erheben auch gar nicht den Anspruch, dass mit der Vergabe eines Lehrauftrages jemand sein Leben sozusagen davon finanzieren kann, sondern das sind bei uns ergänzende Lehrveranstaltungen, einzelne Lehrveranstaltungen, die auch keinen Professor als Ganzes mit seinem gesamten Lehrdeputat ersetzen oder Ähnlichem, sondern das sind Spezialveranstaltungen, und da ist nie der Anspruch erhoben worden, dass darauf Lebensbiografien aufgebaut sein können.

Scholl: Jörg Steinbach, Präsident der Technischen Universität in Berlin, gestern hier im Deutschlandradio Kultur. Herr Treiber, also bloß keine Lebensbiografie auf dieser Tätigkeit als Lehrbeauftragter aufbauen. Das ist, wenn man so will, die theoretische Warnung, der Lehrauftrag sozusagen als akademischer Nebenjob. Ist das so?

Treiber: Ja, uns wurde damals entgegengehalten, man solle keine Erbhöfe aufbauen und die Universität sei kein Sozialamt, was in ungefähr der Äußerung von Herrn Steinbach entspricht. Ich muss einen klaren Schnitt machen für die Zeit vor den Studiengebühren und die Zeit nach den Studiengebühren, wobei ich Studiengebühren prinzipiell ablehne, aber sie haben doch sehr viele Menschen in zwar prekäre, aber doch sozialversicherungspflichtige Stellen und Brot und Arbeit gebracht.

Für die Zeit davor kann man sicher sagen, dass die Universität die Arbeit der Lehrbeauftragten in Anspruch genommen hat, die es damals sicher zu einem größeren Anteil noch gab, die eine Breite und eine Tiefe in die Seminarstruktur und in die Lehrwelt hineinbringen, die eben nicht ersetzt werden kann durch die heutigen Lehrkräfte für besondere Aufgaben, die 13 bis 18 Stunden Lehrkontingent haben, sondern die Lehrbeauftragten sind ja in ihrer Forschung nach wie vor tätig und stellen Spezialgebiete vor

aus ihrer eigenen Forschung. Die Universität nimmt das dankbar an, lehnt aber dann Verantwortung ab. Insbesondere, wenn ich das sagen darf, bei den Privatdozenten und -dozentinnen, die ja lehren müssen, um ihre Prüfungsberechtigung nicht zu verlieren, dann dort zu sagen, das hätten Sie vorher wissen können, während Sie auf die Professur hoffen, die immer winkt, aber nie sicher da ist. So stark würde ich das bestimmt nicht sehen. Da würde ich mich dagegenwenden.

Scholl: Herr Treiber, ein idealer akademischer Lebenslauf hat ja immer so ausgesehen: Studium, dann Lehrauftrag, nebenher Promotion und Habilitation, dann die Professur oder eine sonstige feste Stelle an einer Uni. Dieses Modell funktioniert anscheinend immer weniger, der Lehrbeauftragte aber bleibt und bleibt. Warum lassen die das eigentlich mit sich machen?

Treiber: Auch Intellektuelle und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind ja nicht frei von einem Diskurs, der Eigenverantwortung verlangt, der auf Leistung beharrt, der Ehrgeiz fordert, der Engagement und so weiter in das Individuum hineinversetzt. Es gibt natürlich Karriereträume, und ab einem bestimmten Ausbildungslevel gibt es auch kein einfaches Zurück mehr, dann wird man durch Familie, finanzielle Sorgen und so weiter zum Ausstieg gezwungen, und das hat mit der Qualität der eigenen Arbeit gar nichts zu tun, sondern mit finanziellen Sorgen. Dann geht man ins Lektoratswesen oder Ähnliches, was sehr beliebt ist.

Dennoch gibt es die Hoffnung, an der Universität bleiben zu können. Der Lehrauftrag ist ein Strohalm, der es einem erlaubt, die Anbindung an eine Universität zu zeigen, der einem Zugang zu anderen Wissenschaftlern erlaubt. Währenddessen bewirbt man sich, publiziert man, schreibt Forschungsanträge und so fort, und das wird nie als eine Zeit wahrgenommen, in der man stecken bleiben darf und stehen bleiben sollte. Nichtsdestotrotz geht ja nicht jede Bewerbung auf, und man ist oft länger in dieser Schleife, als man das vorher plant. Und deshalb ist es einfach auch wichtig, diese Phase zu thematisieren und den Menschen auch klarzumachen, es geht anderen ähnlich wie euch, und das ist eine Phase, in der wir trotzdem gute Arbeit leisten und gute Arbeitsbedingungen und ein gutes Entgelt einfordern dürfen.

Scholl: Nun haben wir seit einiger Zeit eine intensive, auch politische Hochschuldebatte über den Bologna-Prozess, die Exzellenzinitiativen, Bildung als Ressource und, und, und. Das Problem der Lehrbeauftragten, die ja wirklich ein Gutteil der Lehre schultern, scheint überhaupt nicht auf der Agenda zu stehen. Müsste sich das nicht ändern?

Treiber: Selbstverständlich, aber ich hatte auch erwähnt, dass seit den Studiengebühren - also ich kann jetzt für Bayern sprechen - sich doch etwas verändert hat, denn eingeführt wurden für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler die Lehrkräfte für besondere Aufgaben als Stellen und die BA-Koordinationsstellen, beides befristete Stellen, beide schlecht bezahlt und sehr aufwendig in der Arbeit, verhindern Weiterqualifikation, aber es sind doch Stellen. Die Lehrkräfte für besondere Arbeiten leisten 13 bis 18 Stunden Lehrkontingent, und das ist etwas, was natürlich dann erlaubt, Lehrbeauftragte zurückzufahren und dafür kein Geld mehr auszugeben.

Scholl: Es erscheint aber doch als Widersinn, dass man Wissenschaftler jahrelang ausbildet, sie promoviert, gar habilitiert, um sie dann auf einem akademischen Hartz-IV-Niveau versauern zu lassen. Was wäre denn aus Ihrer Sicht, Herr Treiber, eine vernünftige, auch finanziell machbare Forderung an die Universitäten?

Treiber: Also ich bin ein Vertreter eines Wissenschaftstarifvertrages, in den alle einsortiert werden können, und da müssen auch die Lehrbeauftragten genannt sein und die müssen dort rein. Die Studiengebühren haben ermöglicht, dass Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, wenn auch prekär, aber doch Stellen bekommen, nur dürfen sie meiner Ansicht nach nicht von Studiengebühren bezahlt werden, denn da ist die Verantwortung auch eine falsche, sondern das muss über Planstellen abgedeckt sein. Und ein gutes Stück weit, denke ich, geht das. Und wenn man sich den Bildungsabbau seit den 80er-Jahren anschaut, dann ist da, glaube ich, genug, wäre genug Raum, den man füllen könnte. Das kostet allerdings, kostenneutral geht das nicht.

Scholl: Lehrbeauftragte an deutschen Universitäten - wie ist ihre Situation, was muss sich ändern? Das war der Ethnologe Magnus Treiber von der Universität Bayreuth. Schönen Dank für das Gespräch, Herr Treiber!

Treiber: Bitte schön!

dradio.de

<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1109950/>

RADIOFEUILLETON:
THEMA

21.01.2010



Studenten nehmen an einer Vorlesung teil (Bild: AP)

[TU Berlin weist Ausbeutung von Lehrbeauftragten zurück](#)

Zukünftiger Hochschulpräsident Steinbach zeigt sich über kleine Anfrage erstaunt

Jörg Steinbach im Gespräch mit Katrin Heise

Der zukünftige Präsident der Berliner Technischen Hochschule, Jörg Steinbach, wendet sich gegen die Vorwürfe, Lehrbeauftragte an der TU würden ausgebeutet. Steinbach zeigte sich überrascht über eine kleine Anfrage der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus und die daraus entstandene Debatte.

Katrin Heise: Wege zur guten Lehre sucht heute eine Tagung in Berlin, gemeint ist die Lehre an Berliner Hochschulen - aber was für Berlin gilt, ist anderswo ja auch nicht falsch. Unter anderem soll über die Bedingungen guter Lehre diskutiert werden. Gute Lehre gibt es nicht umsonst, davon ist sicherlich auszugehen, aber immer häufiger ist festzustellen, dass die Lehrenden, bestens ausgebildete Akademiker, mehr schlecht als recht, manchmal gar nicht bezahlt werden.

Claudia van Laak über die Situation so manch eines Lehrbeauftragten an Berliner Universitäten, in anderen Bundesländern sieht es aber auch nicht anders aus. Zu diesem Thema begrüße ich jetzt Professor Jörg Steinbach, er ist Prozesswissenschaftler und designierter Präsident der Technischen Universität Berlin, bisher langjähriger Vizepräsident und zuständig für den Bereich Lehre. Ich grüße Sie, Herr Steinbach!

Jörg Steinbach: Schönen guten Tag!

Heise: Es wurde eben der Mindestvergütungssatz von 21,40 Euro pro Stunde für Lehrbeauftragte genannt. Die TU Berlin zahlt aber in den genannten 163 Fällen ihren Lehrbeauftragten gar nichts. Warum denn eigentlich?

Steinbach: Weil diese Fälle deutlich anders gelagert sind, als die jetzt von dem Kollegen von der Humboldt-Universität geschildert worden sind. Wir haben einen Mechanismus, wo die Prüfungsberechtigungen bei bestimmten Lehrveranstaltungen an die formale Abteilung eines Lehrauftrages gebunden sind, sodass wir zum Beispiel Habilitanten haben, wo es sozusagen zum Teil ihrer Qualifikation gehört, diese Lehrveranstaltungen durchzuführen - das ist auch ganz normal im Rahmen ihrer Verträge -, wo aber die Durchführung einer Lehrveranstaltung nicht automatisch mit der Prüfungsberechtigung verbunden ist. Dazu bedarf es einer formalen Beauftragung durch einen solchen, kostenlosen Lehrauftrag, das heißt, das sind nicht Leute, wo wir sagen, dass wir sie ausbeuten, weil sie für diese Tätigkeit machen, sondern hier steckt sozusagen die formale Vergabe der Prüfungsberechtigung mit dahinter. Und wir haben einen kleineren Anteil von diesen 163, die Sie aufgezählt haben, wo wir tatsächlich Mitarbeiter aus der Wirtschaft haben, zum Teil hochbezahlte Führungskräfte, die von sich aus auf eine Honorierung dieser Tätigkeit verzichten, und die dürfen bitte auch nicht in denselben Topf geworfen werden.

Heise: Das stimmt. Ich würde gerne bei denjenigen bleiben, die da auf den Verdienst auch angewiesen sind oder die dafür bezahlt werden sollten. Andere bekommen nämlich im Schnitt zum Beispiel 32 Euro für die gegebene Unterrichtsstunde, da ist, wie ja eben auch aufgezählt wurde, die Vor-, die Nachbereitung der Seminare drin, da sind Tutorien, Studentenbetreuung, Korrektur und so weiter, alles drin. Halten Sie diese Bezahlung für angemessen?

Steinbach: Erstens, sage ich mal, gibt es bei uns an der TU Berlin eine Spreizung zwischen diesem Mindestbetrag von 21,40 Euro bis rauf zu 62,40 Euro. Wir haben ein sehr differenziertes System, wo einerseits die Qualifikation der Lehrbeauftragten eingeht, aber auch die Aufgabe, die wir damit vermitteln, also - ist das jetzt reine Praktikumsbetreuung, ist es so etwas, wie der Kollege von der Humboldt eben sagte, wo die Korrektur von Hausarbeiten und Ähnliches mit enthalten ist? Gibt es ein sehr differenziertes System mit fünf oder sechs unterschiedlichen Klassen, und wie gesagt, der Höchstsatz, der an der Stelle zahlbar ist, der geht dann auch rauf bis 62,40 Euro.

Heise: Ja, der Querschnitt, wir haben jetzt einen Querschnitt gezogen, ich habe hier eine Auswertung der kleinen Anfrage, die im Berliner Senat zu dem Thema gestellt wurde, und daraus ersieht man, dass die meisten der Lehrbeauftragten im unteren Bereich der Bezahlung angesiedelt sind. Deswegen frage ich Sie nur, ob Sie das für angemessen halten.

Steinbach: Ja, das bestreite ich auch gar nicht. Mir ging es eigentlich nur darum, dass man sagt, also, das ist nicht sozusagen mit dem Rasenmäher ... oder: Das, was jetzt als Durchschnitt von Ihnen formuliert worden ist, ist in Wirklichkeit ein etwas durchdachteres System, wo sozusagen unterschiedliche Anforderungen tatsächlich auch zu unterschiedlichen Besoldungen führen. Zweitens: Das Lehrbeauftragtenwesen hat nie von unserer Seite aus eine Rolle gespielt, damit eine Berufstätigkeit zu ersetzen. Das heißt, wir erheben auch gar nicht den Anspruch, dass mit der Vergabe eines Lehrauftrages jemand sein Leben sozusagen davon finanzieren kann, sondern das sind bei uns ergänzende Lehrveranstaltungen, einzelne Lehrveranstaltungen, die auch keinen Professor als Ganzes mit seinem gesamten Lehrdeputat ersetzen oder ähnlichem, sondern das sind Spezialveranstaltungen. Und da ist nie der Anspruch erhoben worden, dass darauf Lebensbiografien aufgebaut sein können.

Heise: Jetzt ist die Realität aber teilweise eben schon genau diese, dass nämlich arbeitslose Akademiker auf diese Lehraufträge angewiesen sind, das heißt: Macht sich die Uni nicht in gewisser Weise deren Notlage auch zunutze?

Steinbach: Also, davor möchte ich mich ganz deutlich verwahren für die TU Berlin. Das tun wir wirklich nicht. Es ist sicherlich ganz, ganz schwierig, dass diejenigen, die eine solche Qualifikation sich erarbeitet haben, tatsächlich in den verschiedenen Fächerkulturen auch dann eine wissenschaftliche Karriere starten. Und da sind gerade die geisteswissenschaftlichen Bereiche besonders schwierig, weil die Anzahl der Lehrstühle hier auch in Teilen, insbesondere auch hier in Berlin, durchaus etwas zurückgegangen ist und damit diese Perspektiven zurückgegangen sind. Ich möchte noch mal sagen: Es gibt wirklich einen unterschiedlichen Anspruch daran, wir ergänzen im Prinzip etwas, was wir durch die Strukturplanung als Portfolio nicht mehr durch festangestellte Lehrkräfte liefern können. Wir möchten für die Studierenden ein attraktives Angebot aufrechterhalten, bieten hier diese Möglichkeit an. Aber es gibt auch sozusagen keine Zusage, auch an jemanden, der sich gerade noch habilitiert, dass er hinterher eine Finanzierung der Hochschule bekommen wird, die ihm sozusagen einen Ersatzlehrstuhl liefert, sondern wir sehen das wirklich in der Beziehung als eine Ergänzung des Portfolios, wo wir demjenigen die Möglichkeiten bieten, etwas zuzuverdienen. Aber es hat nie die Konstruktion gegeben, dass das sozusagen ein Berufsbild und eine Lebensperspektive darstellt.

Heise: Um die Lehre, genauer, um Lehrbeauftragte an deutschen Universitäten geht es in dieser Stunde im Radiofeuilleton mit dem designierten Präsidenten der Technischen Universität Berlin, mit Jörg Steinbach. Herr Steinbach, Sie haben sie vorhin angesprochen, diejenigen, die Lehrbeauftragungen haben, die Lehraufträge annehmen und eigentlich in der Praxis stehen, oft hochbezahlte Menschen, die dann eben von ihrem Wissen weitergeben. Andererseits sind es fast ein Viertel derjenigen, die eben nicht hauptberuflich in einem Dienstverhältnis stehen, das heißt, die eben schon einen Zuverdienst haben. Sie haben auch erwähnt, dass es gerade bei den Geisteswissenschaften oft schwierig aussieht. Heißt das nicht, dass die Uni durch diese Praxis der Nicht- oder Wenigentlohnung gerade von Geisteswissenschaftlern quasi der Wissenschaft einen Marktwert beimisst und dann mit unterschiedlichen Maßstäben misst?

Steinbach: Ich kann verstehen, dass dieser Eindruck entsteht, das ist nicht von der Hand zu weisen. Was ich aber deutlich sagen will, dass das weder versteckt noch die Mentalität sozusagen der - und das kann ich für alle drei Häuser sagen -, der Berliner Universitäten ist. Man muss bitte ganz deutlich sagen: Wenn jemand für sich selber entscheidet, eine wissenschaftliche Karriere zu beginnen und diesen Weg, sei es heute über Juniorprofessur oder über die Habilitation, versucht, zu erreichen, dann befindet er sich

in einem wissenschaftlichen Wettbewerb mit ungewissem Ausgang für denjenigen. Dort gibt es sozusagen über den Abschluss dieser Zeit keinerlei Garantien, weder an den Hochschulen sozusagen im Sinne einer direkten Übernahme nach erreichter Qualifikation, noch, dass zu dieser Zeit passgerecht im Bundesgebiet irgendwo eine Stelle ausgeschrieben ist. Und dieses Risiko geht jeder einzelne, der sich auf diesen Weg begibt, sehenden Auges ein. Insofern sage ich ganz deutlich: Wir sagen das den jungen Menschen vorher, auf was sie sich einlassen und das muss man dann bitte auch in einer Eigenverantwortung so wahrnehmen und kann jetzt nicht hinterher sagen: Universitäten, ihr müsst für uns in Form von anderen Jobs einen Ausgleich schaffen.

Heise: Wie wichtig sind die Lehrbeauftragten für eine Universität?

Steinbach: Sehr, sehr unterschiedlich. Die Bereiche, die ich vorhin angesprochen habe, im Bereich der Ingenieurwissenschaften, wo wir die Praxisausbildung anreichern können durch Menschen, die sozusagen im industriellen Leben stehen, ist es ein elementarer Teil der Qualität der Ausbildung. In einigen anderen Bereichen sind sie für uns hilfreich bei Lehrstuhlvertretungen, bei Schwangerschaftsvertretungen oder ähnlichen Fällen, wo wir sonst sicherlich Schwierigkeiten hätten, das Lehrangebot in gleichem Umfang aufrechtzuerhalten. In anderen Bereichen stellen sie auch tatsächlich neben dem Pflichtangebot eine Kür dar, wo man auch ganz deutlich sagen muss: Wenn wir dort einen Lehrauftrag nicht vergeben könnten, würde der Studiengang, der betroffene, davon nicht betroffen werden.

Heise: Wenn ich Sie aber insgesamt richtig verstanden habe, sehen Sie eigentlich keinen Anlass darin, an der Vergütungsordnung oder an der Vergütungspraxis für Lehraufträge etwas zu ändern?

Steinbach: Also wir haben gerade diese Vergütung vor etwas mehr als einem Jahr an die aktuelle gesetzliche Regelung angepasst. Das hat zu einem substanziellen Anstieg in diesen Sätzen geführt, der war auch dringend notwendig, der war auch absolut berechtigt eingefordert. Es war ein konsensualer Prozess, auch unter Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern bei uns in unserer Universität, und insofern gibt es eigentlich bei uns im Hause zu diesem Thema keine Unruhe.

Heise: Sind Sie denn dann nicht überrascht, dass jetzt gerade die Gewerkschaft und auch die SPD, aus deren Reihen kommt die Anfrage an den Berliner Senat, dass da sich also dann doch scheinbar Unmut regt?

Steinbach: Ja, es hat mich überrascht, das gebe ich zu, und ich kann auch nicht sagen, wie das sozusagen an anderen Häusern aussieht, aber wir haben eigentlich hier eine sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit, auch mit den Personalvertretungsorganen, Personalrat, und auch mit den Vertretern der Gewerkschaften. Für uns ist das Problem vielleicht nicht ganz so brennend wie in anderen Häusern.

Heise: Über die Situation der Lehrbeauftragten an den Berliner Hochschulen sprach ich mit dem designierten Präsidenten der Technischen Universität Berlin, Jörg Steinbach. Herr Steinbach, ich danke Ihnen recht herzlich für das Gespräch!

Steinbach: Danke auch!

© 2010 Deutschlandradio

dradio.de

http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1109648/

RADIOFEUILLETON:
THEMA

21.01.2010



Ein Dozent hält vor Studenten der Universität Stuttgart eine Vorlesung. (Bild: AP)

Null-Euro-Jobber an Berliner Universitäten

Lehrbeauftragte arbeiten oft für lau

Von Claudia van Laak

Dr. phil Robert Dennhardt, Kulturwissenschaftler, Autor - steht auf der ansprechend gestalteten Visitenkarte. Robert Dennhardt ist 37 Jahre alt, vor zwei Jahren hat er an der Berliner Humboldt-Uni promoviert. Heute lebt er von ...

"... Hartz IV und zwei Lehraufträgen, zwei bezahlten Lehraufträgen."

Für einen der Lehraufträge fährt er einmal in der Woche nach Lüneburg. Die Fahrzeit von insgesamt sieben Stunden schmälert seinen Stundenlohn beträchtlich, aber auch sonst dürfte der promovierte Kulturwissenschaftler mit seinen Lehraufträgen weniger verdienen als eine Putzkraft. Robert Dennhardt rechnet vor:

"Man bekommt dann etwa 50 Euro pro Sitzung und nichts dazu. Der Umfang ist aber pro Sitzung etwa ein Tag Vor- und Nachbereitung, also bekommt man für einen bis eineinhalb Tage Arbeit, die Prüfungen kommen noch dazu, 50 Euro, das ist ein Stundenlohn von 2,50 Euro und das ist natürlich nicht tragbar. Man kann davon nicht leben."

Etwa 5000 Lehrbeauftragte unterrichten an den Berliner Hochschulen. Ein Teil von ihnen macht dies nebenbei - bereichert mit seinen Erfahrungen als Geschäftsführer, Banker, Manager oder Ministerialdirigent die Lehre an den Hochschulen. Aber es gibt immer mehr Akademiker wie Robert Dennhardt, die ihren Lebensunterhalt mehr schlecht als recht mit drei, vier, fünf unterbezahlten Lehraufträgen verdienen.

Diese Lehrbeauftragten beginnen sich jetzt mit Unterstützung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften GEW gegen die ihrer Ansicht nach unhaltbaren Arbeits- und Honorarbedingungen zu wehren. Liegt doch der Mindeststundensatz für Lehrbeauftragte in Berlin bei nur 21,40 Euro. Mehr noch: Viele Fakultäten gehen stillschweigend davon aus, dass Doktoranden umsonst unterrichten, weil sie es als Teil ihrer Ausbildung und als Einstieg in eine akademische Karriere verstehen.

"Das ist der Normalfall, vor allem wenn man Doktorand ist, aber eben auch als Post-Doktorand ist es gang und gäbe, kostenlos, also für lau zu arbeiten. Es wird auch nicht darauf hingewiesen, es werden einem keine Vorschriften gezeigt, dass es eigentlich verpflichtend ist, zu bezahlen."

Berliner Spitzenreiter bei den 0-Euro-Jobs ist dabei die Technische Universität - hier arbeiten derzeit 163 Lehrbeauftragte ohne einen Cent Honorar.

© 2010 Deutschlandradio

Druckversion



Url: http://www.focus.de/karriere/perspektiven/tid-14885/gesellschaft-seite-2_aid_416943.html

29.06.2009, 00:00



Archiv

Aus FOCUS Nr. 27 (2009)

[FOCUS Magazin](#) > [Archiv](#) > [2009](#) > [Nr. 27](#) > [Deutschland](#)

Gesellschaft

Akademische Tagelöhner

An Hochschulen fristet eine steigende Zahl extrem schlecht bezahlter Wissenschaftler ihr Dasein.

Von FOCUS-Redakteur *Thomas Röhl*

Nein, an seinem Einsatz kann es nicht liegen. Freitagnachmittag um Viertel nach vier, zu einer Zeit, zu der sich die allermeisten Professoren längst ins Wochenende verabschiedet haben, ist Gerhard Ehrl voller Engagement bei der Sache. Im Hörsaal E206 der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) versucht der schlaksige Dozent, in einem Proseminar zwölf Studenten der Philosophie wichtige Grundbegriffe aus Edmund Husserls Phänomenologie nahezubringen. Ehrl stellt Fragen, fasst Gesagtes zusammen, animiert seine Eleven zur Mitarbeit. Langsam gewinnen Begriffe wie „Dasein“ und „Sosein“ eine Bedeutung, erschließt sich den Studierenden der Unterschied zwischen „individuellem“ und „allgemeinem“ Sinn. Nach eineinhalb Stunden harter Geistesarbeit verabschieden die angehenden Philosophen ihren Lehrer mit anerkennendem Klopfen.



Die Alma Mater lässt ihre Mitarbeiter am ausgestreckten Arm verhungern

Der Dank der Studenten ist beinahe alles, was Gerhard Ehrl für seine Anstrengungen erhält. Zehn Euro brutto je Stunde sind der LMU die Dienste des promovierten Philosophen wert. Für ein Gehalt, für das man in der bayerischen Landeshauptstadt mit Glück eine Putzfrau findet, bildet Ehrl an einer deutschen Spitzenuniversität den wissenschaftlichen Nachwuchs aus.

Der 45-jährige Philosoph aus Rosenheim gehört zu einer wachsenden Gruppe von Wissenschaftlern, die sich selbst als „akademisches Proletariat“ oder „Betteldozenten“ bezeichnen: hoch qualifizierte Forscher, die sich mit schlecht bis gar nicht bezahlten Zeitverträgen und Vertretungen durchschlagen müssen und an mancher Hochschule bis zu 50 Prozent des universitären Unterrichts schultern.

Lehrbeauftragte und Privatdozenten stellen an den Universitäten des Landes inzwischen die zweitstärkste Personalgruppe. Ihre Zahl stieg in den vergangenen zehn Jahren um mehr als 50 Prozent auf über 65 000. Insgesamt zählen 85 000 Menschen zum „nebenberuflichen“ wissenschaftlichen Personal der Hochschulen. Im selben Zeitraum nahmen feste Professorenstellen lediglich um ein Prozent auf 38 000 zu. Etwa 1200 davon werden jährlich aus Altersgründen frei.

Wer es nicht zu einer dieser raren Professuren bringt, dem bleibt kaum eine Aussicht auf eine adäquate Beschäftigung. Derzeit promovieren hierzulande etwa 100 000 Frauen und Männer, 2000 habilitieren sich jedes Jahr. Laut der Gewerkschaft Ver.di stehen ihnen gerade einmal 10 000 unbefristete Stellen im universitären Mittelbau zur Verfügung. Der „Bundesbericht zur Förderung des Wissenschaftlichen Nachwuchses“ stellt fest, „im Vergleich zu Großbritannien, Frankreich und den USA“ hätten deutsche Wissenschaftler die geringste Chance, eine „selbstständige und unbefristete Hochschullehrerstelle“ zu bekommen.

Angesichts dieser Entwicklung fordern jetzt die Fraktionen von SPD und CDU/CSU in einem gemeinsamen Antrag die Bundesregierung auf, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auszuweiten und sich für die Schaffung von mehr „Tenure Track“-Positionen einzusetzen. Diese Stellen führen nach einer bestimmten Frist zu einer dauerhaften Anstellung.

Bislang bleibt einem großen Teil der geistigen Elite des Landes jedoch nur, sich als akademische Tagelöhner zu verdingen. Einer Umfrage der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Berlin zufolge verfügen 60 Prozent der Lehrbeauftragten gerade einmal über 1000 Euro netto im Monat, 23 Prozent verdienen sogar weniger als 600 Euro.



Archiv

Aus FOCUS Nr. 27 (2009)

[FOCUS Magazin](#) > [Archiv](#) > [2009](#) > [Nr. 27](#) > [Deutschland](#)

Seite 2

Kian-Harald Karimi versucht seit beinahe zehn Jahren, eine Professur zu erhalten. Der Privatdozent, Sohn deutsch-iranischer Eltern, vertritt derzeit eine vakante Romanistikstelle an der Universität Heidelberg. In drei Vorlesungen und zwei Seminaren unterrichtet er 240 Studenten. Sein Vertrag läuft noch bis August. Wie es dann weitergeht, weiß der 54-Jährige nicht.

Diese Unsicherheit gehört zu Karimis Leben, seit er sich im Jahr 2000 als Literaturwissenschaftler habilitierte. Er hat an sechs verschiedenen Universitäten unterrichtet, Computerkurse und Nachhilfe gegeben sowie im Buchhandel gearbeitet. Als er ein Jahr arbeitslos war, hielt er unentgeltlich acht Lehrveranstaltungen, um im Geschäft zu bleiben. 2007 wählten ihn die Studenten der Uni Potsdam zu ihrem „Profstar“ – zum beliebtesten Professor. Dass es trotz mehr als 80 Bewerbungen bis heute nicht zu einer Festanstellung gereicht hat, erfüllt Karimi mit Bitterkeit: „Ich habe Angst davor, mich in einigen Jahren fragen zu müssen: ‚Was hast du mit deinem Leben gemacht?‘“

Wanderarbeiter

Kian-Harald Karimi vertritt eine Professur.

* Der 54-jährige Privatdozent für romanische Literatur hat bislang an sechs verschiedenen Universitäten gelehrt.

* Seit neun Jahren versucht Karimi, eine Professur zu erhalten. Trotz mehr als

80 Bewerbungen

kam der habilitierte Wissenschaftler bislang nicht zum Zuge.

Schätzungen zufolge leben bis zu 30 000 habilitierte Wissenschaftler in derart ungesicherten Verhältnissen – und längst nicht alle sind

Geisteswissenschaftler. Thomas Stephan erzielte den Karriereknick, als er auf dem besten Weg war, ein Wissenschaftsstar zu werden. Als einer von drei Deutschen war er am Stardust-Projekt der US-Raumfahrtbehörde Nasa beteiligt. Zeitungen und Fernsehen berichteten 2006 über den habilitierten Planetologen aus Münster, der den Kometenstaub untersuchte. Als kurz darauf seine befristete Dozentenstelle auslief, stand er ohne Job da. Die Universität, so Stephan, habe erklärt, es gäbe keine freie Position, das Wissenschaftsministerium habe auf die Freiheit der Universität verwiesen, eine solche zu schaffen. Stephan ergriff die einzige Gelegenheit, die er im Alter von damals 44 Jahren noch sah. Er wechselte in die USA und forscht jetzt an der renommierten Universität von Chicago.

In einer Stellungnahme für den Bundestag warnt die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Margret Wintermantel, vor der Gefahr, den Nachwuchs zu verlieren: Andere Staaten böten einfach „bessere Arbeits- und Forschungsmöglichkeiten“.

Raus aus Deutschland führte auch der Weg des Biologen Sven Krackow. Als sein Forschungsstipendium 2004 nach fünf Jahren ausgelaufen war, fand sich der Privatdozent auf dem Arbeitsamt in Berlin wieder. „Überqualifiziert und nicht vermittelbar“, habe das Urteil gelautet, erinnert sich Krackow. Zwei Jahre lebte der Verhaltensforscher von Hartz IV. Heute arbeitet Krackow bei einem Start-up-Unternehmen in Zürich. Das bittere Fazit des habilitierten Mittvierzigers: „Was ich jetzt mache, konnte ich als 25-Jähriger mit Diplom.“

Wenig Verwendung für seine wissenschaftliche Ausbildung hat künftig auch der Philosoph Ehrl. Die LMU teilte ihm nach 16 Semestern Zusammenarbeit mit, keinen neuen Lehrauftrag mehr an ihn zu vergeben. Eine Begründung blieb die Hochschule schuldig. Nicht einmal einen Händedruck als Dank habe er bekommen, so Ehrl.

Billigjobber

Gerhard Ehrl lehrt Philosophie an der LMU München.

* Der promovierte Philosoph unterrichtet seit 16 Semestern als Lehrbeauftragter. Nebenher schreibt der 45-Jährige an seiner Habilitationsschrift.

* Als Honorar für seine Lehrtätigkeit bezahlt ihm die Universität

zehn Euro für jede gehaltene Stunde.

Die Zeit, die er zur Vorbereitung oder für Korrekturen von Hausarbeiten aufwendet, bekommt Ehrl nicht erstattet.



dradio.de

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/pisaplus/1110862/>

PISAPLUS

23.01.2010



Akademiker unterrichten bisweilen, ohne entlohnt zu werden. (Bild: AP)

Discount-Dozenten

Akademiker lehren an Unis für kaum oder sogar kein Geld

Von Claudia van Laak

So manche Fakultät geht stillschweigend davon aus, dass Lehrbeauftragte auf ein angemessenes Honorar verzichten - einer künftigen Karriere zuliebe. Doch einige der Akademiker beginnen nun, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Es ist nur eine Handvoll Lehrbeauftragte, die sich in den Räumen der GEW versammelt hat. Vier Betroffene, die zum Teil seit Jahren Italienisch, Englisch, Psychologie, Kulturwissenschaften an den Berliner Hochschulen lehren und sich ausgebeutet fühlen. Sie haben die Nase voll - Robert Dennhardt zum Beispiel. Der promovierte Kulturwissenschaftler hat den Stundenlohn für seine zwei Lehraufträge ausgerechnet und dann beschlossen: Jetzt reicht es.

"Man bekommt dann etwa 50 Euro pro Sitzung und nichts dazu. Der Umfang ist aber pro Sitzung etwa einen Tag Vor- und Nachbereitung. Also bekommt man für einen bis eineinhalb Tage Arbeit - die Prüfungen kommen noch dazu - 50 Euro. Das ist ein Stundenlohn von 2,50 Euro und das ist natürlich nicht tragbar. Man kann davon nicht leben."

Robert Dennhardt bekommt jetzt wenigstens etwas Geld für seine Lehrtätigkeit. Zuvor - als Doktorand an der Humboldt-Universität - unterrichtete er unentgeltlich.

"Das ist der Normalfall, vor allem wenn man Doktorand ist. Aber eben auch als Postdoktorand ist es gang und gäbe, kostenlos, also für lau zu arbeiten. Es wird auch nicht darauf hingewiesen. Es werden einem keine Vorschriften gezeigt, dass es eigentlich verpflichtend ist zu bezahlen."

Nach einer aktuellen Umfrage unter Berlins Hochschulen ist die Technische Universität Spitzenreiter bei den Null-Euro-Jobs. Hier arbeiten derzeit 163 Lehrbeauftragte ohne einen Cent Honorar. Patrick Thurian, Leiter des Präsidialamtes der TU:

"Wenn es jetzt auf dem Papier so dramatisch aussieht, die TU Berlin hat eine hohe Anzahl unentgeltlicher Lehraufträge, dann heißt das nur, dass wir viele Leute haben, die hier bei uns gerne unentgeltlich lehren. Und das hat nichts zu tun mit der sozialen Situation derjenigen, die hier bei uns unterrichten."

Das sehen viele Betroffene ganz anders. Junge Wissenschaftler sehen sich gezwungen, umsonst zu unterrichten, weil es ihre Chancen auf eine Professur verbessert. Ein besonderer Fall sind die Mitarbeiter der Sprachenzentren - Muttersprachler unterrichten oft jahrelang an einer Hochschule, trotzdem ändert sich nichts an ihrem Status. Die Verträge gelten immer nur für ein Semester. Wenn ein Seminar mangels Teilnehmern ausfällt, erhalten sie kein Honorar. Sie müssen sich von ihren geringen Einnahmen selber versichern und gelten nicht als Hochschulmitglieder, so wie die Italienerin Linda Guzzetti, die sich in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften engagiert und versucht, eine Lobby für die Lehrbeauftragten aufzubauen. Ihre Ansicht:

"Es ist einfach eine Fehlkonstruktion. Praktisch müssen die Leute arbeiten, ohne in einer Struktur zu sein. Und das heißt, dass die Arbeit weder vom Geld her noch von der allgemeinen Betrachtung her anerkannt"

wird. Und das ist eine Form von Prekariat, die kann über Jahrzehnte gehen."

Allerdings ist es nicht einfach, Lehrbeauftragte zu gemeinsamen politischen Aktionen zu bewegen. Die Begegnungen an der Hochschule sind oft zufällig, die persönliche Situation höchst unterschiedlich. Eine gemeinsame Internetplattform könnte helfen, den Druck auf Hochschulen und Wissenschaftsministerien zu erhöhen. Robert Dennhardt:

"Jetzt, wenn man sich unterhält und weiß, man ist nicht der Einzige. Und wenn wir immer mehr werden, mit dem Treffen hier, mit einer Konferenz, im Internet, dann wächst aber auch der Unmut."

Die in der GEW organisierten Lehrbeauftragten fordern ein Gespräch mit Berlins Wissenschaftssenator Jürgen Zöllner. Ihre vier Forderungen: Keine Arbeit mehr zum Nulltarif, Lehrbeauftragte müssen Hochschulmitglieder werden, die Verträge sollen über ein Semester hinausgehen - und das Wichtigste: Der Mindeststundensatz von 21,40 Euro muss angehoben werden.

© 2010 Deutschlandradio